

1514 Interpellation (Mitte-Fraktion) "Online-Veröffentlichung der Abstimmungsbotschaft zeitnah zur Redaktionskommission"

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Vorstosstext

Als Hilfe zur Meinungsbildung bei kommunalen Abstimmungen erhalten die Stimmberechtigten von Köniz als Bestandteil des amtlichen Wahlmaterials die Botschaft des Parlaments («Abstimmungsbüchlein») in gedruckter Form zugestellt.¹ Mit der Behandlung des Abstimmungsgeschäfts im Parlament und anschliessend in der Redaktionskommission stehen Inhalt und Wortlaut der Botschaft fest. Der Gemeinderat unternimmt anschliessend noch die nötigen technisch-formalen Schritte, um die Druckvorlage und eine elektronische Version der Botschaft zu erstellen. Die elektronische Version der Botschaft wird gemäss heutiger Praxis gleichzeitig mit der Ankündigung der Abstimmung im amtlichen Publikationsorgan mindestens 30 Tage vor dem Abstimmungstag² auf der Website der Gemeinde aufgeschaltet.

Zwischen der inhaltlichen Fertigstellung der Botschaft in der Redaktionskommission und der Veröffentlichung der Botschaft durch den Gemeinderat vergeht damit vergleichsweise viel Zeit. Im Falle der Abstimmungen vom 14. Juni 2015 etwa sind es knapp zwei Monate. Die öffentliche Meinungsbildung beginnt daher in der Regel schon einige Wochen, bevor die Botschaft des Parlaments publiziert wurde, beispielsweise durch Medienberichterstattung, auf Veranstaltungen von Parteien und anderen Vereinen oder durch Flugblätter und Zeitungs- oder Online-Inserate, die von Abstimmungskomitees gestreut werden.

Für die Stimmberechtigten würde es daher einen Mehrwert darstellen, wenn die Botschaft des Parlaments schon früher zur Verfügung stünde. Insbesondere ist der definitive Wortlaut und Inhalt, über den tatsächlich abgestimmt wird, unerlässlich, um die Informationen und Argumente, die vor der Abstimmung im Umlauf sind, einschätzen zu können. Auch das ausgewogene Argumentarium des Parlaments ist dabei eine nützliche Hilfe. Diese Informationen können zwar durch Lektüre der Parlamentsunterlagen und -protokolle theoretisch schon heute von jedermann und jederfrau weitgehend selbst zusammengestellt werden, doch das würde einen unverhältnismässigen und unnötigen Aufwand bedeuten. Vermutlich auch aus diesem Grund sind die Abstimmungsbotschaften bspw. der Schweizerischen Eidgenossenschaft schon mehrere Monate vor dem Abstimmungstag elektronisch zugänglich.

Der Gemeinderat ist gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Teilt der Gemeinderat die Einschätzung, dass es für die Meinungsbildung von Vorteil wäre, wenn die Botschaft des Parlaments bereits früher öffentlich zugänglich wäre?
2. Ist der Gemeinderat bereit, die nötigen Schritte zu ergreifen, damit die Botschaft künftig früher öffentlich zugänglich gemacht wird, insbesondere als elektronische Version auf der Website der Gemeinde?

¹ Art. 4 Abs. 1 Bst. c und Abs. 2 Verordnung über Abstimmungen und Wahlen vom 9. Februar 2005, Stand 27. März 2013.

² Vgl. Art. 28 Abs. 1 Bst. a ebendort.

Eingereicht

26. Mai 2015

Unterschrieben von 33 Parlamentsmitgliedern

Casimir von Arx, Barbara Thür, Thomas Marti, Hermann Gysel, Toni Eder, Bernhard Zaugg, Hansueli Pestalozzi, Mathias Rickli, Elena Ackermann, Iris Widmer, Jan Remund, Christoph Salzmann, Ruedi Lüthi, Annemarie Berlinger-Staub, Werner Thut, Hugo Staub, Vanda Descombes, Christian Roth, Bruno Schmucki, Stephanie Staub-Muheim, Markus Willi, Stefan Lehmann, Christoph Nydegger, Bernhard Lauper, Elisabeth Rügsegger, Heinz Nacht, Philippe Guéra, Thomas Frey, Stephan Rudolf, Ueli Witschi, Andreas Lanz, Beat Haari, Heidi Eberhard

Antwort des Gemeinderates

Teilt der Gemeinderat die Einschätzung, dass es für die Meinungsbildung von Vorteil wäre, wenn die Botschaft des Parlaments bereits früher öffentlich zugänglich wäre?

Der Gemeinderat anerkennt das Anliegen der Unterzeichnenden, die Abstimmungsbotschaft rechtzeitig öffentlich zugänglich zu machen. Er erachtet die Botschaft des Parlaments als wesentlichen Bestandteil der öffentlichen Meinungsbildung. Die Abstimmungsbotschaft mit dem ausgewogenen Argumentarium stellt für die Bürger eine wichtige und vertrauenswürdige Informationsgrundlage dar.

Der Gemeinderat teilt die Einschätzung der Unterzeichnenden nur bedingt, dass eine frühere Veröffentlichung der Abstimmungsbotschaft für die Meinungsbildung einen Vorteil bringen würde. Gemäss heutiger Praxis wird die Abstimmungsbotschaft, im Einklang mit Art. 12 Absatz 1 Reglement über Abstimmungen und Wahlen³, spätestens drei Wochen vor dem Abstimmungstermin den Stimmberechtigten per Post zugestellt. Noch früher, nämlich 30 Tage vor der Abstimmung, wird der Gegenstand der Abstimmung publiziert⁴ und zugleich die Abstimmungsbotschaft auf der Webseite der Gemeinde im Internet aufgeschaltet. Der Gemeinderat erachtet diese vom Parlament festgelegten reglementarisch vorgegebenen Vorlauffristen für die Meinungsbildung der Bürger als angemessen. Besteht in Einzelfällen das Bedürfnis, die konkreten Inhalte eines Abstimmungsgegenstandes früher zu beziehen, kann dies über die Internetseite des Parlaments erfüllt werden. Sowohl der Entwurf der Abstimmungsbotschaft (ohne das von der Redaktionskommission redigierte pro-contra Argumentarium der Parlamentsdebatte sowie mögliche Änderungen durch das Parlament) wie auch das Wortprotokoll werden jeweils vor bzw. nach der Parlamentssitzung aufgeschaltet. Abstimmungsvorlagen werden in der Regel zwei bis drei Monate vor dem Abstimmungstermin im Parlament behandelt.

Ist der Gemeinderat bereit, die nötigen Schritte zu ergreifen, damit die Botschaft künftig früher öffentlich zugänglich gemacht wird, insbesondere als elektronische Version auf der Website der Gemeinde?

Wie oben erwähnt, ist der Gemeinderat der Meinung, dass die vom Parlament festgelegten Mindestfristen angemessen sind. Diese decken sich mit den entsprechenden Regelungen auf kantonaler Ebene (Zustellungsfristen, Art. 46 Gesetz über politische Rechte). Der Gemeinderat sieht deshalb keinen Anlass, eine Anpassung der kommunalen Rechtsgrundlagen vorzuschlagen. Er ist aber bereit, seinen Handlungsspielraum auszuschöpfen und die Mindestvorgaben nach Möglichkeit zu unterschreiten und die internen Abläufe entsprechend anzupassen: So soll neu die Abstimmungsbotschaft im Internet aufgeschaltet werden, sobald diese definitiv ist (mit der Erteilung zum „Gut zum Druck“). In der Praxis wird dies in der Regel fünf bis sechs Wochen vor dem Abstimmungstermin der Fall sein. Der Gemeinderat behält sich vor, diese über den gesetzlichen Vorgaben liegenden Termine im Einzelfall nicht zu befolgen. Die Erstellung der Abstimmungsbotschaft erfolgt jeweils über ein mehrstufiges, zeitkritisches und eng getaktetes Verfahren mit verschiedenen Akteuren und Schritten (Verwaltung, Gemeinderat, Parlament, Redaktionskommission, Layout, Druckerei, Einpacken, Versand).

³ Vgl. Reglement über Abstimmungen und Wahlen vom 5. Juni 2005.

⁴ Vgl. Verordnung über Abstimmungen und Wahlen vom 9. Februar 2005 Art. 28. Absatz 1 Ziffer a

Dabei kann durchaus Unvorhergesehenes eintreffen, so dass es unter Umständen nicht möglich sein wird, die in Aussicht gestellte 5-6 Wochen-Frist einzuhalten.

Der Gemeinderat ist überzeugt, dass unter Berücksichtigung dieser Rahmenbedingungen die angebotene Lösung dem Bedürfnis der Interpellanten bestmöglich entgegenkommt.

Köniz, 8. Juli 2015

Der Gemeinderat